

Pulsnitzer Wochenblatt

Fernsprecher 18. Tel.-Nr.: Wochenblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

und Zeitung

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Erscheint: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.
Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Verlags- oder Druckereianstalten hat der Bezogener keinen Anspruch auf Befreiung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich M 1 520 000 bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich M 1 500 000; durch die Post monatlich M —.— freibleibend.



Anzeigen-Grundzahlen: Die sechsmal gepaltene Petzerteile (Masse's Zeilenmessaer 14) M 70.—, im Bezirke der Amtshauptmannschaft M 60.—, Amtliche Zeile M 210.— und M 180.—; Reklame M 150.— bei sofortiger Zahlung. Tabellarischer Satz 25 Prozent Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. — Beilagengebühr M 150.— pro Laufend. — Schlüsselzahl zurzeit 12 000.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach.

Das Blatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Bollung, Großröhrschorf, Brettnig, Hauswalde, Chorn, Oberkeina, Niederkeina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf.
Geschäftsstelle: Pulsnitz, Bismarckplatz Nr. 365. Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr) Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz.

Nummer 111.

Dienstag, den 18. September 1923.

75. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Öffentliche Aufforderung

zur Zahlung einer Nachtrags-Kirchensteuer auf das Rechnungsjahr 1922.

Auf Grund des Nachtrages vom 25. Juni 1923 zur vorläufigen Kirchensteuerordnung für die ev.-luth. Landeskirche vom 21. November 1922 ist von den Mitgliedern der ev.-luth. Kirchengemeinde für das Rechnungsjahr 1922 eine Nachtragssteuer in Höhe des zehnfachen des Betrages zu zahlen, der für das Rechnungsjahr 1922 festgesetzt worden ist. Besondere Steuerbescheide für diese Nachtragssteuer werden nicht ausgestellt. Die Kirchengemeindeglieder werden lediglich hierdurch aufgefordert, den zehnfachen Betrag der Kirchensteuer, die ihnen durch den Kirchensteuerbescheid für das Rechnungsjahr 1922 bekannt gegeben worden ist,

spätestens bis Ende September d. J.

zu zahlen. Nach Ablauf dieser Zahlungsfrist tritt das gebührenpflichtige Mahn- bez. Zwangsverfahren ein.

Die Zahlung hat an die im Kirchensteuerbescheid für das Rechnungsjahr 1922 angegebene Steuerbehörde unter Vorlegung dieses Bescheides oder bei Ueberweisung unter Angabe der am Kopfe des Bescheides angegebenen Nummern des Steuerbezirks, der Steuerliste und der Heberrolle, sowie unter der Bezeichnung „Nachtrags-Kirchensteuer für 1922“ zu erfolgen.

Gegen die Aufforderung der Nachtrags-Kirchensteuer ist ein Einspruch nicht zulässig, es sei denn, daß die Steuerpflicht vor dem Inkrafttreten der maßgebenden Nachtragssteuerordnung erloschen ist.

Pulsnitz, am 18. September 1923.

Die ev.-luth. Kirchengemeinde.

Der Stadtrat.

Mit Rücksicht auf die bestehende Notlage steht sich die unterzeichnete Kirchengemeinde gezwungen, außer der vorstehenden Nachtrags-Kirchensteuer für 1922 eine

Vorauszahlung auf die Kirchensteuer des Jahres 1923

zu fordern. Diese Vorauszahlung ist in Höhe des zehntausendfachen Betrages zu leisten, der für das Rechnungsjahr 1922 festgesetzt worden ist, und gleichzeitig an das Stadtsteueramt bez. an den Ortssteuernehmer des Wohnortes abzuführen. Die hierfür ausgestellten Quittungen sind sorgfältig aufzubewahren und bei Entrichtung der entgeltlich festgesetzten Kirchensteuer 1923 mit vorzulegen.

Die ev.-luth. Kirchengemeinde Pulsnitz.

Bekanntmachung.

Donnerstag, den 20. September 1923, abends 7/8 Uhr findet eine

Öffentliche gemeinschaftliche Sitzung

der städtischen Kollegien im Rathause — großer Sitzungssaal — statt.

Tagesordnung:

1. Verliche Zuschläge zur Wohnungsbauabgabe.
2. Zuschlagssteuer zur staatlichen Gewerbesteuer.
3. Getränkesteuer.
4. Hundesteuer.
5. Disgesek über die Erhebung einer Schleusen- u. Straßenreinigungsgelbhr.
6. Erhöhung der Armenunterstützungssätze.

Pulsnitz, den 18. September 1923.

Bürgermeister Rannegieser.

Das Wichtigste.

Die Goldanleihe wird nächsten Mittwoch zum ersten Male an der Berliner Börse notiert werden.

Bayern erklärt, das Kabinett Stresemann außenpolitisch mit allen Mitteln unterstützen zu wollen.

Der Reichsverband der deutschen Industrie fordert die sofortige Außerkräftsetzung der Betriebssteuer.

Die Zeichnung auf die wertbeständige Anleihe des deutschen Reiches wurde am 18. September, mittags 1 Uhr geschlossen.

Das Reichskabinett stellt in einer Verordnung mit Gesetzeskraft Steuerabgabe und Zurückhaltung von Lebensmitteln unter strenge Strafen.

Die Reichsbank hat den Diskont auf 90 Prozent und den Lombardzinsfuß auf 10 Prozent festgesetzt.

Für die Zeit vom 19.—21. September einschließl. beträgt das Goldzollausgeld 2 179 999 900 Prozent.

Am 18. September tritt eine sechsfache Erhöhung der Eisenbahntarife ein. Die Schlüsselzahl wird im Personenverkehr von 1,5 auf 9 Millionen, im Güterverkehr von 4,5 auf 18 Millionen erhöht.

Poincare hat in seiner letzten Sonntagsrede eine Antwort auf die von Stresemann angebotene deutsche Verhandlungsbereitschaft vermieiden.

Die deutsche Mark ist nunmehr auch vom Kurszettel der amerikanischen Banken gestrichen worden.

In Berlin sind deutsch-belgische Verhandlungen im Gange.

Ministerpräsident Dr. Zeigler setzt die Pressefeste gegen den Reichswehrminister Gehler fort.

In Preußen soll die Wahlpflicht eingeführt werden.

Der Putsch in Spanien scheint, soweit übersehbar, vollständig undblutig verlaufen zu sein. Der Führer des Staatsstreiches, Generalhauptmann d'Estella, ist mit der Neubildung des Kabinetts betraut worden.

Das Ergebnis der wertbeständigen Anleihe beträgt bisher 75 Millionen Goldmark.

Der Reichsjustizminister teilte mit, daß er demnächst zu wertbeständigen Geldstrafen übergehen werde.

In Tokio greift eine Ruhr- und Scharlachepidemie um sich. Es werden auch Fälle von Typhusfieber verzeichnet.

Vertliche und sächsische Angelegenheiten.

Pulsnitz. (Kurzarbeiter.) Die Auszahlung der Kurzarbeiterunterstützung findet Mittwoch, den 19. September 1923, vormittags von 1/11 bis 12 Uhr statt.

Pulsnitz. (Protestversammlung der Gastwirte.) Der hiesige Gastwirtsverein hielt gestern im Restaurant zum Kronprinz eine Protestversammlung ab gegen die unerhörte Preistreiberi aller Produkte und beschloß einstimmig, den Kampf gegen die Verteuerung aller Rohprodukte in Gemeinschaft mit anderen Gewerbezweigen aufzunehmen. Demnach soll, wenn der Ruf seitens des Gastwirtsverbandes ertönt, an einem noch zu bestimmenden

Tage Betriebs- und Bierbezugseinstellung erfolgen. Ferner wurde beschlossen, Einspruch zu erheben gegen die Einführung einer Gemeinde-Getränkesteuer, mit der Begründung, daß solche Maßnahmen den ohnehin schwer bedrückten Gastwirtsstand vollständig zu ruinieren geeignet sind. Gerade das Gastwirtsgerwerbe ist schon jetzt mit einer Anzahl Sondersteuern bedacht, die kein anderes Gewerbe aufzuweisen hat; auch ist jetzt bekanntlich der Geschäftsgang derartig, daß schließlich nicht einmal der Beamte von dem Ertrag der Steuer bezahlt werden könnte. Aus diesen Gründen ist die Gemeinde-Getränkesteuer schon in vielen Städten Deutschlands glatt abgelehnt worden. In einer längeren Entschlezung erhoben die Versammelten schärfsten Protest. Nicht Steuerscheu sei das Motiv, sondern die örtlichen Getränkesteuer stellen eine Ungerechtigkeit dar und belasten die Verbraucher ungemain. Der schon durch die hohen Reichsteuern eingetretene Konsumrückgang würde zum weiteren Ruin zahlreicher minderkapitalkräftiger Betriebe führen.

Pulsnitz. (Mütterberatung.) Die nächste Mütterberatungsinde in Pulsnitz findet Mittwoch, den 19. September 1923, nachmittags 3 Uhr im Rathaus statt. Auf den abends 8 Uhr in Schumanns Restaurant in Pulsnitz M. S. stattfindenden Mütterabend für die Stadt Pulsnitz wird hiermit hingewiesen und um zahlreiches Erscheinen gebeten.

„Eine bedauerliche Tatsache.“ Der „Freiberger Anzeiger“ schreibt: Eine bedauerliche Tatsache müssen wir feststellen: wiederum sind es bei der letzten Bezugspreiserhöhung für die Zeitung die landwirtschaftlichen Kreise gewesen, die dem heimatischen Blatte die Treue gekündigt haben, während die städtische Bevölkerung — mit Genugtuung und Freude können wir das feststellen — dem Blatte ihrer engeren Heimat auch unter den gegenwärtigen schwierigen Verhältnissen treu geblieben ist. Während selbst minderbemittelte Kreise an dem Bezug, und seien die Kosten auch mehrfach geteilt, festhalten, hier und da fahnenflüchtige Abonnenten wieder zurückkehrten, kommen die Abbestellungen fast nur aus dem ländlichen Bezirke, und nicht etwa aus den Industriorten unserer näheren und weiteren Umgegend, sondern gerade aus den Ortsteilen, die sich ihren bäuerlichen Charakter gewahrt haben. Wenn landwirtschaftliche Besitzer, die 10, 12 und mehr Stück Vieh in ihren Ställen haben, glauben, den Bezug ihres Blattes aufgeben oder wenigstens mit den Nachbarn teilen zu sollen, so fällt es schwer, sich einer kritischen Bemerkung hierüber zu enthalten. Wir beschränken uns auf die Feststellung dieser Tatsache, aber wir meinen, was kleine Handwerker und zum Teil auf Kurzarbeit

gestellte Arbeiter in Betätigung des Gemeinnes fertigbringen, das möchte auch ländlichen Besitzern möglich sein, wo es gilt, der heimatischen Scholle die Zeitung zu erhalten, die berufen ist, die Interessen des engeren Kreises zu schützen und zu vertreten. Die Landwirte sollten bedenken, daß gerade sie es dringend nötig haben, daß solche bürgerlichen Zeitungen weiterbestehen können, in deren Spalten auch ihre Interessen nach Möglichkeit vertreten werden. Die Klagen des „Freiberger Anzeiger“ treffen — leider muß das festgestellt werden — auch für die Pulsnitzer Pflege zu! Das ist wirklich eine „bedauerliche Tatsache“.

(Landaufgabe.) Der Herr Reichsminister der Finanzen hat den Umrechnungssatz für die Landabgabe für die Zeit vom 15.—18. September einschließl. auf 13 900 000 M festgesetzt.

(Die Hundertmillionenscheine kommen.) In den nächsten Tagen werden die bereits angekündigten neuen Reichsbanknoten zu 100 000 000 Mark in Verkehr gegeben. Auch hier ist die Rückseite der Scheine unbedruckt. Gleichfalls wird eine 3. Ausgabe von Fünfmillionen-Noten herausgegeben, die beiderseitig bedruckt sind. (Die Milliardennote kommt!) Nach Meldungen aus Berlin werden im Laufe der nächsten Tage Milliarden-Noten in den Verkehr gebracht.

Großröhrschorf. (Die Notstands der hiesigen Gemeinde- und Steuerkasse) verlieren mit dem 30. September ihre Gültigkeit.

Ramenz. (Der Errichtung einer einflüssigen landwirtschaftlichen Schule) im Amtshauptmannschaftsbezirke Ramenz stimmte der Landeskulturrat kürzlich zu. Die Landwirte der Umgegend von Ramenz erklärten sich zur Aufbringung der Mittel für die Errichtung dieser Schule bereit. Als Schulgeld wird von einheimischen Schülern zu Beginn des Semesters die Lieferung von vier Zentner Roggen, für Haushaltungsschülerinnen von zehn Zentner Roggen, für Hospitanten und nichtsächsische Besucher der landwirtschaftlichen Schule eine solche von fünf Zentner Roggen im Halbjahr erhoben.

Ramenz. (Schriftleiter-Jubiläum) Der verantwortliche Schriftleiter des „Ramenger Tagesblattes“, Paul Reihlg, konnte am 13. September auf eine 25 jährige Tätigkeit im Verlage des „Ramenger Tagesblattes“ (E. S. Krausche) zurückblicken. Der Verlag ehrte den treuen Mitarbeiter und sein unverdrossenes selbstloses Schaffen vor aller Öffentlichkeit. Der Jubilar erhielt u. a. Glückwünsche des Rates der Stadt und eine Ehrenurkunde der Gewerbetammer Zittau.

Eisenwaren aller Art

erliche

da

